



## Beschluss

Az. BK6-19-277

In dem Verwaltungsverfahren

wegen: Genehmigung des Vorschlags der Übertragungsnetzbetreiber der Kapazitätsberechnungsregion Core zur zweiten Änderung der regionalspezifischen Anforderungen an die harmonisierten Vergabevorschriften für langfristige Übertragungsrechte gemäß Art. 4 Abs. 12 i.V.m. Art. 52 Abs. 3 der VO (EU) 2016/1719 der Kommission vom 26.09.2016 zur Festlegung einer Leitlinie für die Vergabe langfristiger Kapazität

der TenneT TSO GmbH, Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 1 –

der 50Hertz Transmission GmbH, Heidestraße 2, 10557 Berlin, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 2 –

der Amprion GmbH, Robert-Schuman-Straße 7, 44263 Dortmund, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 3 –

der TransnetBW GmbH, Pariser Platz- Osloer Straße 15-17, 70173 Stuttgart, vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 4 –

hat die Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann,

durch ihren Vorsitzenden Christian Mielke,  
ihren Beisitzer Dr. Jochen Patt  
und ihren Beisitzer Jens Lück

am 29.10.2019 beschlossen:

1. Der angehängte Vorschlag der Antragstellerinnen für die zweite Änderung der regionalspezifischen Anforderungen der Kapazitätsberechnungsregion Core an die harmonisierten Vergabevorschriften für langfristige Übertragungsrechte wird genehmigt.
2. Ein Widerruf bleibt vorbehalten.
3. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

## **Gründe**

### **A.**

Das vorliegende Verwaltungsverfahren betrifft die Genehmigung des gemeinsamen Vorschlags aller Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) der Kapazitätsberechnungsregion Core (CCR Core<sup>1</sup>) für die zweite Änderung der regionalspezifischen Anforderungen an die harmonisierten Vergabevorschriften für langfristige Übertragungsrechte gemäß Art. 4 Abs. 12 i.V.m. Art. 51 Abs. 1 und Art. 52 Abs. 3 der VO (EU) 2016/1719 der Kommission vom 26.09.2016 zur Festlegung einer Leitlinie für die Vergabe langfristiger Kapazität (im Weiteren nur „FCA-VO“).

Das Ziel der FCA-VO besteht in der Koordination und Harmonisierung der Berechnung und Vergabe von langfristiger zonenübergreifender Kapazität in den Märkten für Kapazität im Jahres- und Monats-Marktzeitbereich.

Um dieses Ziel zu erreichen, legt die FCA-VO u. a. harmonisierte Vergabevorschriften für langfristige Übertragungsrechte (HAR<sup>2</sup>) fest und sieht die Einrichtung einer europäischen

---

<sup>1</sup> Die CCR (Capacity Calculation Region) Core wurde durch die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) mit Beschluss 06-2016 vom 17.11.2016 festgelegt. Die CCR CORE besteht aus den Staaten Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Deutschland, Österreich, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Kroatien, Rumänien und Ungarn.

<sup>2</sup> HAR: Harmonized Allocation Rules

Plattform für die Vergabe langfristiger Kapazität („zentrale Vergabepattform“ bzw. „SAP“<sup>3</sup>) durch die ÜNB vor.

Vor diesem Hintergrund hat ACER am 02.10.2017 (Beschluss 06-2017) über europäisch harmonisierte Auktionsregeln (EU HAR) gemäß Art. 51 Abs. 1 i.V.m. Art. 52 Abs. 2 FCA-VO entschieden. Die EU HAR definieren im Wesentlichen die Mindeststandards für die Teilnahme am Allokationsprozess für langfristige Übertragungsrechte, harmonisierte Produkte für explizite Langfrist-Auktionen, Regeln für Nominierungen im Falle von physischen Übertragungsrechten, Prozesse für Kapazitätskürzungen und Kompensationszahlungen, Regeln für die Rückgabe und den Transfer von Übertragungsrechten sowie Abrechnungs- und Zahlungsprozesse.

Gemäß Art. 51 Abs. 1 FCA-VO können die EU HAR auch ergänzt werden um regionale und gebotszonengrenzenspezifische Anforderungen, wenn diese von den ÜNB jeder CCR gemäß Art. 52 Abs. 3 FCA-VO entwickelt wurden. Die regionalen und gebotszonengrenzenspezifischen Anforderungen sind gemäß Art. 4 Abs. 7 lit. e FCA-VO von allen Regulierungsbehörden der betroffenen Region zu genehmigen. Bezüglich der spezifischen Anforderungen der CCR Core („Core-Vorschlag“) hatte die Bundesnetzagentur mit Beschluss BK6-17-032b vom 19.10.2017<sup>4</sup> gemeinsam mit den anderen Regulierern der CCR Core den ursprünglichen Vorschlag der ÜNB der CCR Core genehmigt. Der Core-Vorschlag legt für die Gebotszonengrenzen der CCR Core eine Obergrenze für Ausgleichszahlungen<sup>5</sup> im Einklang mit Art. 59 Abs. 2 der HAR fest. Darüber hinaus regelt der Core-Vorschlag auch besondere grenzspezifische Bestimmungen für die Grenze Ungarn-Rumänien und definiert den Begriff des Technischen Profils<sup>6</sup> für die Grenzen zwischen Tschechien, Polen, Slowakei und Deutschland.

Den ersten Änderungsvorschlag („Core-Änderungsvorschlag“) gemäß Art. 4 Abs. 12 FCA-VO hat die Bundesnetzagentur mit Entscheidung vom 22.03.2019<sup>7</sup> (BK6-18-120) genehmigt. Der CORE-Änderungsvorschlag beinhaltet hauptsächlich die Einfügung eines neuen Art. 19, der für die Grenze Tschechien-Slowakei eine Obergrenze für Ausgleichszahlungen im Einklang mit Art. 59 Abs. 2 der EU HAR einführt.

Mit E-Mail vom 26.07.2019 haben die Antragstellerinnen den zweiten Änderungsantrag zum Core-Vorschlag („2. Core-Änderungsvorschlag“) gemäß Art. 4 Abs. 12 i.V.m. Art. 51 Abs. 1 und

<sup>3</sup> SAP: Single Allocation Platform; Genehmigung BK6-17-030 vom 23.11.2017.

<sup>4</sup> Entscheidung der letzten Core-NRA am 20.10.2017

<sup>5</sup> Gemäß Art. 53 Abs. 1 FCA-VO sind ÜNB berechtigt, langfristige Übertragungsrechte vor dem Day-Ahead-Verbindlichkeitszeitpunkt einzukürzen, um die Systemsicherheit – z.B. in unvorhergesehenen Netzsituationen – zu gewährleisten. Die betroffenen Marktteilnehmer erhalten im Kürzungsfall eine Ausgleichszahlung von den ÜNB der betroffenen Gebotszonengrenze in Höhe der Marktpreisdifferenz (vgl. Art. 53 Abs. 2 FCA-VO).

<sup>6</sup> Technisches Profil: Zusammenfassung benachbarter, sich aneinander anschließender Gebotszonengrenzen zu einer durchgängigen technischen Grenze. Es kann als Trennlinie zwischen stark vermaschten Übertragungsnetzen verstanden werden und dient der Abbildung der netztechnisch für den Stromaustausch verfügbaren Kapazität zwischen den Gebotszonen auf beiden Seiten des Technischen Profils.

<sup>7</sup> Entscheidung der letzten Core-NRA am 08.04.2019

Art. 52 Abs. 3 FCA-VO zur Genehmigung bei der Bundesnetzagentur eingereicht. Mit Datum vom 08.08.2019<sup>8</sup> hat auch die letzte nationale Regulierungsbehörde den 2. Core-Änderungsvorschlag erhalten.

Mit dem 2. Core-Änderungsvorschlag fügen die ÜNB der CCR Core für die Gebotszonengrenze Belgien – Deutschland/Luxemburg eine Obergrenze für Ausgleichszahlungen im Einklang mit Art. 59 Abs. 3 der EU HAR ein und entfernen die grenzspezifischen Vorschriften für die Gebotszonengrenze Ungarn – Rumänien.

Der 2. Core-Änderungsvorschlag wurde am 21.08.2019 im Amtsblatt der Bundesnetzagentur bekannt gegeben und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Es wurde eine Stellungnahmefrist von vier Wochen bis zum 18.09.2019 eingeräumt. Die Bundesnetzagentur hat keine Stellungnahmen zum 2. Core-Änderungsvorschlag erhalten. Vor der Antragstellung war der 2. Core-Änderungsvorschlag Gegenstand einer von ENTSO-E<sup>9</sup> gem. Art. 6 FCA-VO durchgeführten regionalen öffentlichen Konsultation im Zeitraum zwischen 20.05.2019 und 20.06.2019.

Am 02.10.2019 haben die Vertreter der Regulierungsbehörden der CCR Core bekundet, den 2. Core-Änderungsvorschlag genehmigen zu wollen. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akten und insbesondere den diesem Beschluss angehängten 2. Core-Änderungsvorschlag Bezug genommen.

## **B.**

Der gemeinsame 2. Core-Änderungsvorschlag der Antragstellerinnen für die Änderung der regionalspezifischen Anforderungen an die HAR gemäß Art. 4 Abs. 12 i.V.m. Art. 51 Abs. 1 und Art. 52 Abs. 3 der FCA-VO wird genehmigt.

### **I. Zulässigkeit des Antrages**

Der Antrag ist zulässig. Die gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren, auch unter Berücksichtigung der Vorgaben der FCA-VO, sind gewahrt worden.

---

<sup>8</sup> Maßgeblich für den Beginn der Entscheidungsfrist der Regulierungsbehörden von 6 Monaten ist der Zeitpunkt des Einganges bei der nationalen Regulierungsbehörde, die den zu genehmigenden Vorschlag zuletzt erhalten hat, vgl. Art. 4 Abs. 9 S. 3 FCA-VO.

<sup>9</sup> ENTSO-E: European Network of Transmission System Operators for Electricity - Verband der europäischen Übertragungsnetzbetreiber.

Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die Genehmigung gemäß Art. 4 Abs. 12 i.V.m. Art. 51 Abs. 1 und Art. 52 Absatz 3 FCA-VO ergibt sich aus § 56 Abs. 1 Satz 1 Ziffer 1 EnWG i.V.m. Art. 18 Abs. 3 lit. b und Art. 18 Abs. 5 der Verordnung (EG) 714/2009, die der Beschlusskammern zur Entscheidung folgt aus § 59 Abs. 1 Satz 1 EnWG i.V.m. § 56 Abs. 1 Satz 2 und 3 EnWG.

Die Antragstellerinnen haben den zur Genehmigung vorgelegten 2. Core-Änderungsvorschlag mit Eingang am 26.07.2019 ordnungsgemäß bei der Beschlusskammer eingereicht. Der 2. Core-Änderungsvorschlag ist ausreichend mit den Interessenträgern durch die ÜNB konsultiert worden. Es wurde eine Konsultation nach Art. 6 FCA-VO ordnungsgemäß durchgeführt, Stellungnahmen waren im Zeitraum vom 20.05.2019 bis 20.06.2019 möglich. Die Anforderung des Art. 51 Abs. 1 S.2 FCA-VO nach einer Konsultation gemäß Art. 6 der FCA-VO ist damit erfüllt.

## **II. Begründetheit des Antrages**

Der Antrag ist auch begründet. Der 2. Core-Änderungsvorschlag der Antragstellerinnen erfüllt die Vorgaben der Regelungen der Art. 4, Art. 51 Abs. 1 und Art. 52 Abs. 3 FCA-VO und steht im Übrigen im Einklang mit den Zielen der FCA-VO.

Der 2. Core-Änderungsvorschlag erfüllt die Voraussetzungen der Art. 51 Abs. 1 und Art. 52 Abs. 3 FCA-VO, wonach die regionalen oder gebotszonengrenzenspezifischen Anhänge der HAR u. a. die Ausgleichsvorschriften zur Festlegung regionaler Verbindlichkeitsregelungen gemäß Art. 55 FCA-VO (vgl. Art. 52 Abs. 3 lit. d FCA-VO) enthalten können. Hierunter fallen die von den ÜNB der CCR Core im Art. 8 des 2. CORE-Änderungsvorschlags für die Grenze Belgien – Deutschland/Luxemburg vorgeschlagenen Obergrenzen für Ausgleichszahlungen im Einklang mit Art. 59 Abs. 3 der EU HAR. Die Regelungen treten mit Aufnahme der Bewirtschaftung der neuen Gebotszonengrenze Belgien – Deutschland/Luxemburg in Kraft. Dies ist der Fall, sobald das von der Antragstellerin Amprion und dem belgischen ÜNB Elia geplante HGÜ – Erdkabel „ALEGrO“ in Betrieb gegangen ist (nach derzeitiger Planung Ende 2020). Die Streichung der Sonderregelungen für die Vergabe an der Grenze Ungarn – Rumänien ist deshalb notwendig, da die zuständigen ÜNB MAVIR (Ungarn) und TEL (Rumänien) seit der Auktionen für den Erfüllungszeitraum 2019 die SAP (JAO) mit benutzen. Somit gelten auch für diese beiden ÜNB die Vorschriften der EU HAR auf Basis der FCA-VO.

Die bereits genehmigten Bestimmungen bezüglich der Obergrenzen für Ausgleichszahlungen gemäß Art. 59 Abs. 2 und 3 HAR an den übrigen Gebotszonengrenzen der CCR Core bleiben unverändert bestehen. Ebenfalls gelten die im genehmigten Core-Vorschlag dargelegten erwarteten Auswirkungen auf die Ziele der FCA-VO auch bezüglich des 2. Core-Änderungsvorschlags fort, so dass auch dieser mit den Zielen und Anforderungen der FCA-VO

im Einklang steht.

Die Beschlusskammer hat auch keine eigenen Anhaltspunkte festgestellt, die gegen eine Genehmigung des 2. Core-Änderungsvorschlags sprechen.

### **III. Widerrufsvorbehalt (Tenorziffer 2)**

Der Widerrufsvorbehalt der Tenorziffer 2 dieser Genehmigung ist notwendig, da die Genehmigung auf Grundlage der zum Genehmigungszeitpunkt vorliegenden tatsächlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen erfolgt. Da die FCA-VO jedoch weitere Genehmigungen vorsieht, die auch den hier zu genehmigenden Vorschlag der Antragstellerinnen betreffen können, können Anpassungen dieser Genehmigung in Zukunft aufgrund sich ändernder tatsächlicher und auch rechtlicher Rahmenbedingungen erforderlich werden.

### **IV. Kosten (Tenorziffer 3)**

Hinsichtlich der Kosten ergeht ein gesonderter Bescheid nach § 91 EnWG.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Christian Mielke  
Vorsitzender

Dr. Jochen Patt  
Beisitzer

Jens Lück  
Beisitzer

**Regionalspezifischer Anhang der  
Kapazitätsberechnungsregion Core zu den  
harmonisierten Vergabevorschriften für  
langfristige Übertragungsrechte gemäß Artikel  
52 der Verordnung (EU) Nr. 2016/1719 der  
Kommission vom 26. September 2016 zur  
Festlegung einer Leitlinie für die Vergabe  
langfristiger Kapazitäten**

18. Juli 2019

---



ALLE ÜNB DER KAPAZITÄTSBERECHNUNGSREGION CORE GEMEINSAM UNTER  
ERWÄGUNG NACHSTEHENDER GRÜNDE:

Präambel

- (1) Der vorliegende Vorschlag ist ein Änderungsverlangen bezüglich des regionalspezifischen Anhangs zu den HAR der Kapazitätsberechnungsregion Core vom 20. Dezember 2018. Dieses Änderungsverlangen wurde vom 20. Mai bis 20. Juni 2019 öffentlich konsultiert. Das Änderungsverlangen wird allen nationalen Regulierungsbehörden (nachfolgend „NRA“ genannt) der Kapazitätsberechnungsregion Core zur Genehmigung vorgelegt.

LEGEN DEN FOLGENDEN VORSCHLAG ALLEN REGULIERUNGSBEHÖRDEN DER  
KAPAZITÄTSBERECHNUNGSREGION CORE VOR:

## **1. Inhaltliche Änderungen**

### **1.1. Präambel**

#### **1.1.1 Paragraph (1) der Präambel wird wie folgt geändert:**

- (1) Dieses Dokument (nachfolgend „Core-spezifischer Anhang“ genannt) wurde von den Übertragungsnetzbetreibern der Kapazitätsberechnungsregion Core (nachfolgend „CORE-ÜNB“ genannt) entsprechend dem Beschluss Nr. 06/2016 der Agentur für die Kooperation der Energieregulierungsbehörden (ACER) vom 17. November 2016 entsprechend Artikel 15 (1) der Verordnung (EU) 2015/1222, entwickelt.

#### **1.1.2 Paragraph (2) der Präambel wird wie folgt geändert:**

- (2) In diesem Core-spezifischen Anhang sind die für die Kapazitätsberechnungsregion auf regional- und gebotszonenspezifischer Ebene geltenden spezifischen Anforderungen gemäß Artikel 52 (3) der Verordnung (EU) Nr. 2016/1719 der Kommission vom 26. September 2016 zur Festlegung einer Leitlinie für die Vergabe langfristiger Kapazität (nachfolgend „FCA-Verordnung“ genannt) niedergelegt.

#### **1.1.3 Es wird ein neuer Paragraph (4) eingefügt:**

- (4) Der ursprüngliche Core-spezifische Anhang wurde von den CORE-ÜNB am 13. April 2017 vorgeschlagen und von allen nationalen Regulierungsbehörden der Kapazitätsberechnungsregion Core (nachfolgend „CORE-NRAs“ genannt) am 20. Oktober 2017 (CERRF Entscheidung vom 03. Oktober 2017) genehmigt.

#### **1.1.4 Es wird ein neuer Paragraph (5) eingefügt:**

- (5) Am 08. Mai 2018 schlugen die CORE-ÜNB eine Ergänzung zum Core-spezifischen Anhang zur Einführung einer Obergrenze für Ausgleichszahlungen für die neu eingeführten Langzeitvergaben für die CZ-SK Gebotszonengrenze vor. Am 16. November 2019 erhielten die CORE-ÜNB für diesen Vorschlag ein Änderungsverlangen von den CORE-NRAs (CERRF Entscheidung vom 05. September 2018). Am 16. Januar 2019 beantworteten die CORE-ÜNBs dieses Änderungsverlangen und der angepasste Core-spezifische Anhang wurde durch die CORE-NRAs am 08. April 2019 (CERRF Entscheidung vom 18. März 2019) genehmigt.

#### **1.1.5 Es wird ein neuer Paragraph (6) eingefügt:**

- (6) Mit der vorliegenden Ergänzung des Core-spezifischen Anhangs:
  - a. Fügen die CORE-ÜNB eine Obergrenze der Ausgleichszahlungen, welche an die BE-DE/LU Grenze anzuwenden ist gemäß Artikel 59(2) der HAR, ein
  - b. Entfernen die CORE-ÜNB grenzspezifische Vorschriften für die Ungarisch/Rumänische Gebotszonengrenze gemäß dem vorangegangenen Artikel 21

#### **1.1.6 Es wird ein neuer Paragraph (7) eingefügt:**

- (7) Die vorliegende Anpassung des Core-spezifischen Anhangs wurde gemäß Artikel 6 der FCA-Verordnung vom 20. Mai 2019 bis 20. Juni 2019 konsultiert.

#### **1.1.7 Artikel 4 wird zu Artikel 8**

#### **1.1.8 Artikel 5 wird gestrichen**

#### **1.1.9 Artikel 6 wird gestrichen**

## 1.2.Hauptteil

1.2.1. In Titel 2 des Anhangs wird Artikel (8) wie folgt eingefügt:

### Artikel 8

#### **Belgien- Deutschland/Luxemburg (BE-DE/LU)<sup>1</sup>**

Für die Grenze BE-DE/LU gilt eine Obergrenze für Ausgleichszahlungen im Einklang mit Artikel 59 (3) der HAR.

In diesem Artikel wird die folgende Fußnote ergänzt:

<sup>1</sup> Sobald die Gebotszonengrenze Belgien-Deutschland/Luxemburg in Kraft tritt.

1.2.2. Artikel 8 wird zu Artikel 9

1.2.3. Artikel 9 wird zu Artikel 10

1.2.4. Artikel 10 wird zu Artikel 11

1.2.5. Artikel 11 wird zu Artikel 12

1.2.6. Artikel 12 wird zu Artikel 13

1.2.7. Artikel 13 wird zu Artikel 14

1.2.8. Artikel 14 wird zu Artikel 15

1.2.9. Artikel 15 wird zu Artikel 16

1.2.10. Artikel 16 wird zu Artikel 17

1.2.11. Artikel 17 wird zu Artikel 18

1.2.12. Artikel 18 wird zu Artikel 19

1.2.13. Artikel 19 wird zu Artikel 20

1.2.14. In Artikel 20 wird die Fußnote gestrichen

1.2.15. Artikel 20 wird zu Artikel 21

1.2.15. Artikel 21 wird gestrichen

1.2.16. Artikel 22 wird wie folgt geändert:

### Artikel 22

#### **Inkrafttreten**

Dieser angepasste Anhang soll zum genannten Datum und zur genannten Uhrzeit im Änderungsbescheid, welcher den registrierten Teilnehmern von der Vergabeplattform gemäß dem Prozess, niedergeschrieben in Artikel 68 (2) der HAR, zugesendet wurde und unter der Bedingung einer vorangegangenen Bestätigung der relevanten nationalen Regulierungsbehörden gemäß dem Prozess, niedergeschrieben in Artikel 4 der FCA-Verordnung, in Kraft treten.